

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

22. Sitzung Berlin,

Donnerstag, 28. November 2002

Mehr Berlin, weniger Staat (1)

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Für die Fraktion der SPD hat nunmehr der Kollege Schimmler das Wort. – Bitte schön, Herr Schimmler!

Schimmler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die vier Anträge der FDP-Fraktion mit dem Titel „Mehr Berlin, weniger Staat“ sollen einvernehmlich in die Ausschüsse überwiesen werden. Eigentlich sollte man sich in diesem Fall die Rederunden sparen, schließlich gibt es die Ausschussberatungen, und danach kehrt es hierher in das Plenum zurück.

[Ritzmann (FDP): Das gilt aber für alle Anträge, Herr Kollege!]

Es wurden eben Sonntagsreden beklagt. Ich nenne es nicht so, aber es war die große Luftblase, die hier vorgetragen wurde. Wenn der Wunsch der Antragsteller besteht, dann muss man darüber reden. Leider muss man dann allerdings auch feststellen, dass das, was Sie hier vortragen, ein ordnungspolitischer Staat ist, der in der Tat etwas mit dem Titel Ihrer Antragsserie – war das übrigens eine Drohung? – zu tun hat, nämlich mit dem kann man nicht viel Staat machen. Das kann man an dieser Stelle deutlich sagen.

[Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Wieland (Grüne)]

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Beispiele aus dem groß angekündigten Paket nennen, Sie fangen ja ganz klein an. Im ersten Antrag wird die Beschränkung auf Kernaufgaben gefordert. Hierfür soll der Staat gestärkt und finanziell entsprechend ausgestattet werden. Dabei geht die FDP-Fraktion augenscheinlich immer noch vom alten Bild hoheitlicher Aufgaben aus. Ansonsten verabschieden Sie sich mit diesem Antrag vom politischen Gemeinwesen, wenn Sie in der Begründung feststellen, alles sei so kompliziert geworden, dass man es ohnehin nicht mehr durchschaue und der Staat deshalb keine Gerechtigkeit mehr herstellen könne. Das heißt im Ergebnis: Lasst den Egoismen freien Lauf, es wird schon das Richtige dabei herauskommen. – Die Ergebnisse solchen Staatsverständnisses haben zum Sozialstaat geführt.

In Ihrem zweiten Antrag wollen Sie schlicht nicht Planung vereinfachen, sondern Sie wollen die Bezirke aus der Planung heraushalten, indem Sie die Bereichsentwicklungsplanung gestrichen haben. Bei mir ist, auch auf Grund mancher Ihrer Redebeiträge im Bauausschuss, der Eindruck entstanden, dass von Ihnen noch nie jemand in die Bereichsentwicklungsplanung eines Bezirks geschaut hat. Sie machen dann aber auch Vorschläge zu den §§ 6 und 7 AG Baugesetzbuch. Wenn Sie einmal überlegten, was Sie dort geschrieben haben, die Abschaffung der Rechtsprüfung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, würden Sie durch Ihre Formulierung des § 7 den Bezirken freies Entscheiden zum Beispiel bei großflächigem Einzelhandel außerhalb der Zentrenstruktur des FNP zubilligen. Und wenn Sie das konsequent umsetzen, können die Bezirke dies sogar nach § 34 des Baugesetzbuches selbst entscheiden, ohne den Senat überhaupt zu fragen.

Im dritten Antrag, der Novellierung des Denkmalschutzes, sollen die Bezirke ebenfalls ausgeschaltet werden. Begründet wird das mit der Fusion mit Brandenburg. Die Entscheidung

darüber, ob Berlin Stadtkreis oder Kreisstadt wird, ist überhaupt noch nicht gefällt. Mit Ihren sonstigen Vorstellungen, ökonomienah zu sein und damit auch den Möglichkeiten dezentraler Ressourcenverantwortung nachzugehen, kommt das mit Sicherheit nicht zusammen.

Im vierten Antrag gehen Sie vollständig an den realen Entwicklungen vorbei. Vielleicht haben Sie auch schon einmal gehört, dass die Bezirke mit ihren Globalsummen auskommen müssen. Die haben sie nämlich, und inzwischen haben sie damit große Schwierigkeiten. Aber die Bezirke haben längst auch schon begriffen, dass da etwas ganz anderes läuft. Sie haben nämlich im Zuge der Grundsicherungsämter vieles von dem, was Sie geschrieben haben, längst gemacht, auch wenn manchmal noch das Schild „Wohnungsamt“ draußen hängt. – Insofern nehmen wir die Anträge mit in die Ausschüsse, vielleicht kann man aus dem einen oder anderen noch etwas machen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]